

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH

Nr. 125

15. Mai 1976

D 22354 C

ULRIKE MEINHOF: MAN KANN ES SELBST MORD NENNEN

stammheim	pressekonferenz der anwälte am 9. mai	- 1 -
stuttgart	pressekonferenz mit justizminister bender	- 5 -
stammheim	die zynische behauptung der normalität – zur verhandlung gegen die RAF am diensttag und erklärung von Jan-Carl Raspe	- 6 -
***	reaktionen auf die nachricht vom tode Ulrike Meinhofs	- 8 -
***	reaktionen im ausland	- 10 -
frankfurt	polizei und presse	- 11 -

ZUM DRUCKERSTREIK

reutlingen	auslieferung der notzeitung verhindert—41 verhaftet	- 12 -
***	streiklied	- 12 -
stuttgart	mittwoch: 'es sieht verdammt gut aus'	- 13 -
darmstadt	jeden tag eine streikvollversammlung	- 13 -
hamburg	streikkalender aus norddeutschland	- 14 -
itzehoe	das ei an der backe...	- 16 -
hannover	ein großer fleck in der Bild-zeitung	- 18 -
frankfurt	solidaritätsveranstaltung mit den druckern in der uni	- 19 -
frankfurt	800 journalisten im streik	- 19 -

I N L A N D

mainz	warnstreik in der chemieindustrie	- 20 -
freiburg	'kein kkw in Wyhl'	- 21 -
biblis	kundgebung der bürgerinitiativen gegen block 'C'	- 21 -
westberlin	neues zur krise der kernenergie	- 21 -
berlin	es stank im 'wienerwald'	- 22 -
bochum	aktion 'frauen nehmen frauen mit'	- 22 -
lüneburg	streik an der PH	- 22 -
freiburg	aktionstag an der staatlichen hochschule für musik	- 22 -
frankfurt	'kämpfen kann heiter sein' — politisches theater	- 23 -
münchen	der MVV-fahrgast-dienst gibt bekannt	- 23 -
köln	SSK besetzt leerstehendes haus	- 24 -
hünfelden	zur vorläufigen schließung des Dauborner Juz	- 24 -
frankfurt	wie ein Jugendzentrum zerstört wird, bevor es steht	- 25 -
frankfurt	zum prozeß gegen Jarowoy und Reimers	- 26 -
münchen	prozeß gegen Gertraud Will	- 26 -
dokument	auslandsstimmen gegen berufsverbot und repression	- 27 -

I N T E R N A T I O N A L E S

barcelona	spanische drucker: für einheitlichen tarifvertrag	- 28 -
barcelona	bericht eines genossen zum 1.mai	- 29 -
san rafael/usa	expolizist: habe mitgeholfen, schwarze gefangene zu ermorden	- 29 -
eritrea	die aktuelle situation des befreiungskampfes	- 30 -
tokio	radioaktive verseuchung in Japan	- 30 -
sonora	landbesetzung in mexiko	- 30 -
washington	'der sender gehört den hörern' teil 2	- 30 -

* herausgeber :
* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

verantwortlicher
redakteur :
indulis bilzens

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

vierteljahres-abo :
18 dm gegen vorauskasse
auf das postscheckkonto :
frankfurter
informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
genaue anschrift angeben.

ULRIKE MEINHOF: MAN KANN ES SELBST MORD NENNEN

PRESSEKONFERENZ AM 9. MAI 1976

AUS EINEM TONBAND-PROTOKOLL

Anwesend: Dr. Dieter Hoffmann, RA Ströbele, RA Otto Schily, RA Jean-Jacques de Felice, RA Giovanni Cappelli, RA Croissant, RA Michael Oberwinder, RA Dr. Hans Heinz Heldmann, Prof. Sigrist, Prof. Azzola, Folker Stöwsand, RA Rambert.

CLAUS CROISSANT:

Ich habe den Auftrag gehabt, im Einvernehmen mit allen Verteidigern, die hier anwesend sind, diese Pressekonferenz zu organisieren und einzuberufen. Der Anlaß ist Ihnen bekannt: nach offiziellen Versionen soll Ulrike Meinhof Selbstmord begangen haben, Selbstmord durch Erhängen, wie es zunächst hieß, durch Erhängen am Fensterkreuz. Eine Information vorab in der Zelle von Ulrike Meinhof gibt es gar kein Fensterkreuz. Die weiteren Meldungen des Justizministeriums gingen dahin, Selbstmord durch Erhängen mit einem Handtuch, Selbstmord durch Erhängen mit einem Tuch, Selbstmord durch Erhängen mit dem Teil, offenbar einem zusammengebundenem Teil eines Tuches. Weiter: Die Autopsie der Leiche von Ulrike Meinhof wurde offenbar am Vormittag vorgenommen. Die Nachricht von dieser Autopsie, die ging im Fernsehen und im Radio anscheinend erst nach 1 Uhr oder 2 Uhr durch, ich kann dies nicht genau sagen, ich habe mich daraufhin sofort als Bevollmächtigter der Schwester von Frau Ulrike Meinhof, Wilke Zitzlaff, die auch hier anwesend ist, in Verbindung gesetzt oder besser gesagt, versucht in Verbindung zu setzen mit den zuständigen Stellen. Das Justizministerium war nicht erreichbar, die Verantwortlichen der Bundesanwaltschaft sind ebenfalls nicht erreichbar. Wir haben noch ganz spät ein Telefongespräch geführt, da waren alle Verteidiger anwesend; Fazit ist, wir wissen nicht, wo die Leiche von Ulrike Meinhof sich befindet, wir wissen nicht, wer die Autopsie vorgenommen hat. Wir haben eine Nachricht bekommen, sie sei in Katherinenhospital, die ist offenbar unzutreffend, jedenfalls konnten da unsere Recherchen nichts weiter herausbringen. Die Lage ist also so, weder die nächsten Angehörigen, Frau Zitzlaff, noch die Verteidiger von Ulrike Meinhof haben bis zur Stunde eine Möglichkeit gehabt herauszubekommen, wo sich der Leichnam befindet. Um 11 Uhr ist die Leiche abtransportiert worden von der Justizvollzugsanstalt. Die Gefangenen haben vergeblich verlangt, die Leiche vorher zu sehen. Das zum äußeren Ablauf.

Ich möchte vorabschicken ein Brief, den ich im Original von Holger Meins im März 1974 erhalten habe. Er hat ihn mir ausgehändigt. Er lautet: „Wittlich, den 9.3.74. Für den Fall, daß ich in Haft vom Leben in den Tod komme – wars Mord – gleich was die Schweine behaupten werden. Nie werde ich mich selbst töten, nie werde ich ihnen einen Vorwand geben. Ich bin kein Provo und kein Abenteurer, wens heißt – und dafür gibts Anzeichen – „Selbstmord“, „schwere Krankheit“, „Notwehr“, „auf der Flucht erschossen“. Glaubts den Lügen der Mörder nicht. Meins.“

Ich gebe das Wort jetzt zu den Ausführungen Herrn Giovanni Cappelli.

GIOVANNI CAPPELLI:

Ich habe Ulrike Meinhof am Freitag so ungefähr eine Stunde nachmittags besucht. Mein Eindruck von diesem Besuch war, daß sie sehr ermüdet war, daß sie aber gleichzeitig sehr aufgeschlossen und sehr interessiert war, für alle Themen unserer Diskussion. Bei unserem Gespräch haben wir hauptsächlich über die Aufgaben des Komitees der Internationalen Verteidigung gesprochen und besonders über die Aufgaben, die sich uns in Italien stellen. Insbesondere haben wir darüber gesprochen, ein Kollegium von Rechtsanwälten auf europäischer Ebene zu gründen, welches sich insbesondere in Genf dafür einsetzt, daß die politischen Gefangenen in Europa anerkannt werden und zwar insbesondere die Roten Brigaden in Italien und die Gefangenen aus der RAF in der BRD. Wir haben weiter die politische Situation in Italien besprochen und über die Frage, welche Konsequenzen ein Wahlsieg der kommunistischen Partei Italiens in Italien haben könnte. Wir haben über die Lage in Europa und die Haltung der BRD gegenüber der dritten Welt diskutiert.

Ich habe mit Frau Meinhof über die Zukunft der BRD, über die Zukunft des Sozialismus gesprochen und über die Frage der Funktion einer Organisation, einer revolutionären Gruppe und über die Frage, welche Funktion in der BRD eine solche Gruppe haben könne in einer Situation, die Frau Meinhof als postfaschistisch bezeichnet. Frau Meinhof hat mir gesagt, daß der politische Kampf, den sie führe, der geführt werden müsse, auch im Gerichtssaal fortgesetzt werden müsse und zwar sowohl in Stammheim als auch vor dem Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg und anderen europäischen Gerichten und selbstverständlich auch außerhalb der Gerichte.

Frau Meinhof sagte, daß sie den Artikel, den ich über den Besuch bei ihr schreiben würde, nochmals durchschauen wollte, das war das Ende des Gesprächs, das ich mit ihr führte. Schließlich vereinbarten wir, daß ich an sie ein Exposé meines Artikels, eine kurze Zusammenfassung, an sie schicken würde, damit sie die Genehmigung für die Veröffentlichung gäbe.

Wir haben in Italien eine umfangreiche Erfahrung mit angeblichen Selbstmorden von politischen Gefangenen, die sich später als ein Hirngespinnst, als Lüge herausgestellt haben. Wir wissen über den heutigen Selbstmord noch nichts, aber die Initiative von Herrn Rechtsanwalt Croissant ist richtig und nachdem was wir von ihm gehört haben, sind die Informationen alarmierend.

Nicht nur daß die Gefangenen von der Außenwelt isoliert sind, sie in einer Isolationshaft einschließen, sie fürchten es jetzt sogar, die Leiche von Ulrike Meinhof herauszugeben. Wir in Italien haben sehr viele politische Gefangene, insbesondere von den Roten Brigaden, deren führendes Mitglied Renato Curcio, der schon einmal ausgebrochen ist, nicht einmal jetzt in Isolationshaft gesetzt worden ist.

Es ist die Aufgabe der staatlichen Institutionen, die Menschenrechte und die Rechte der Gefangenen herzustellen, die Rechte der politischen Gefangenen gleichzustellen mit denen anderer Gefangener und gerade das Problem der Sicherheit zu lösen.

Es ist fast unnützlich diesen Appell hier zu richten, denn die Verantwortlichkeit für den Tod an Ulrike Meinhof trifft den Staat und seine Institutionen.

MICHAEL OBERWINDER:

Ich möchte erstmal den Ablauf heute, zu dem Ablauf heute Stellung nehmen, soweit ich selber davon tangiert worden bin und das hier als Zeuge wiedergeben kann. Ich hätte also Gelegenheit, heute Morgen aus den Rundfunk Nachrichten zu erfahren, daß meine Mandantin, Ulrike Meinhof, angeblich in ihrer Zelle in Stuttgart-Stammheim Selbstmord verübt hat. Ich habe dann sofort versucht, mit der Anstaltsleitung Kontakt aufzunehmen, das ist mir nicht gelungen, es ist mir lediglich gelungen, einen der Aufsichtsbeamten im 7. Stock, wo die Gefangenen aus der RAF in Stuttgart inhaftiert sind, zu sprechen, der mir die Rundfunk-Meldung bestätigt hat. Und der mir mitteilte, daß die Anwälte der Gefangenen ausnahmsweise heute Gelegenheit hätten, am Sonntag die Gefangenen zu besuchen. Ich bin dann sofort nach Stuttgart runtergefahren und traf dann in der Vorhalle des Gefängnisses den Kollegen Azzola, den Kollegen Müller und die Schwester von Frau Meinhof an, und es

war dann keineswegs möglich, wie zuerst gesagt, daß wir die Gefangenen besuchen konnten. Der Kollege Azzola und ich sind Verteidiger von Frau Meinhof und als solche, wie dann der Vorsitzende des OLG, Herr Richter Prinzing, dann am Telefon mitteilte, durch § 146 eigentlich gehindert, die anderen Gefangenen zu besuchen. Es ist uns dann nach einem Anruf gestattet worden, praktisch als Privatpersonen, unter Überwachung durch Anstaltsbeamte zwanzig Minuten bei Gefangenen zu sprechen. Ich habe ein 20-minütiges Gespräch unter Überwachung mit dem Gefangenen Baader gehabt. Herr Baader hat mir darin bestätigt, was ich selber, da ich Frau Meinhof kenne, gar kein Zweifel hatte, daß es keinerlei Anzeichen gegeben hat, noch am Abend vorher, am Tag vorher, daß Frau Meinhof irgendwelche Selbstmordabsichten hegte. Die Gefangenen hatten am Tag vorher noch zusammen Umschluß, sie haben politisch diskutiert, Herr Baader erzählte mir, es sei dabei auch gelacht worden, es war absolut nicht zu erkennen, wieso Frau Meinhof Selbstmord verübt haben sollte. Es hat auch keinerlei Spannungen unter den Gefangenen gegeben. Ich selbst habe Frau Meinhof am vergangenen Mittwoch, nach dem die Anträge der Verteidigung am Dienstag im Prozeß gestellt worden sind und die Gefangenen selbst eine Erklärung abgegeben haben, die einen gewissen Einschnitt im Prozeß darstellte auch für sie selber, mit Frau Meinhof am Mittwoch diskutiert über die Anträge; es war nicht das geringste Anzeichen von Desinteresse; es hat eine scharfe Diskussion gegeben, wo die Frau Meinhof den Standpunkt der Gruppe dargelegt hat, nicht etwa den ihren im Gegensatz zu den anderen; und es bestand nicht das geringste Anzeichen, daß sich Frau Meinhof etwa von der Politik der Gruppe absetzen oder distanzieren wollte oder sich aus der Verantwortlichkeit entziehen wollte, die die Gefangenen ja noch selbst in ihrer Erklärung artikuliert haben. Wenn jetzt also behauptet wird, wie ich heute der dpa-Meldung entnehme, daß es zwischen den Gefangenen zu gewissen Spannungen gekommen sei, so ist das eine absolut infame Lüge, die einem Versuch gleichkommt, einen angeblichen Hintergrund zu schaffen für den Selbstmord von Ulrike Meinhof.

Wenn der Bundesanwalt Kaul, wie es hier heißt, von einer gewissen Entfremdung zwischen Ulrike Meinhof und Andreas Baader spricht, ist es eine ungeheuerliche Behauptung, die in nichts den Tatsachen entspricht, sondern die darüber hinaus noch versucht, einen Hintergrund für den angeblichen Selbstmord zu konstruieren und dem Gefangenen Baader im Nachhinein die Schuld für den Tod von Frau Meinhof in die Schuhe zu schieben, ganz auf dem Hintergrund der Linie, die die Bundesanwaltschaft und die Presseveröffentlichungen verfolgen, Andreas Baader zum größten Buh-Mann aller Zeiten aufzubauen. Ich habe festgestellt, daß es diese Spannungen nicht gibt, und wenn es in der dpa-Meldung noch zynisch heißt, Frau Meinhof fühle sich zunehmend isoliert, so ist es zwar auf die Gruppe bezogen gemeint, was absoluter Unsinn ist, aber mit dem Wort „isoliert“ der Hintergrund der Vorgänge richtig ange-trieben wird.

Die Verteidigung und die Gefangenen selbst hatten bislang nicht die geringste Möglichkeit, sich darüber zu informieren, was heute Nacht eigentlich abgelaufen ist. Alles, was wir wissen, spricht exklusiv gegen einen Selbstmord. Ich kann und will das, was hier abgelaufen ist, als Mord bezeichnen. Es dreht sich mir dabei gar nicht um den technischen Ablauf. Was heute Nacht passiert ist, wissen wir nicht. Alles spricht gegen die Selbsttötung und für Dritteinwirkung. Ich kann allerdings auch nicht völlig ausschließen, daß eine Selbsttötung stattgefunden hat.

Ich weiß es nicht, wenn eine Selbsttötung durch Frau Meinhof stattgefunden hat, dann ist sie zu sehen auf dem Hintergrund von vier Jahren mörderischer Isolationshaft, der alle Gefangenen aus der RAF unterworfen waren und sind und die sich bei Frau Meinhof konkret beschreiben läßt. Ein halbes Jahr in Köln-Ossendorf, ohne jede Geräuscheinwirkung, absolute sensorische Deprivation, wie die Wissenschaftler es bezeichnen. Dazu kommt noch, womit ich meinen Mordvorwurf unterstreichen will, nämlich der Mord, der seit 4 Jahren eingeleitet und geplant ist, erst der Tote Trakt, bis die Ärzte gesagt haben: es geht nicht mehr; Frau Meinhof muß aus dem Trakt raus, der andere Punkt war, daß die Bundesanwalt-

schaft versucht hat durch ihren hiesigen Sitzungsvertreter, Herrn Oberstaatsanwalt Zeiß, einen stereotaktischen Eingriff bei Frau Meinhof als eine Gehirnoperation vornehmen zu lassen, mit dem Ziel, Frau Meinhof und die Politik der Gruppe als Geisteskrankheit zu denunzieren. Eventuell waren damit auch andere Sachen intendiert. Ich weiß es nicht. Wer keine Vorstellungen hat, was ein stereotaktischer Eingriff ist, möge sich den Film angucken *„Einer flog übers Kuckucksnest“* und da bekommt man einen guten Eindruck davon. In diesen Sachen, die sich bis heute fortsetzen, Trakt, der Versuch des stereotaktischen Eingriffs, der nur darüber abgewendet wurde, daß durch den Spiegel eine Presseveröffentlichung auftauchte über die Krankheitsgeschichte von Frau Meinhof, wo es der Bundesanwaltschaft nicht mehr möglich war, den stereotaktischen Eingriff durchzuziehen, mit den Bedingungen heute: das ist der Hintergrund und die Grundlage des Mordes. Sicher ist, daß Frau Meinhof keine Selbsttötung auf Grund psychischer Depressionszustände, Zerwürfnisse mit der Gruppe, Abwendung von der Politik, all das, was mit der Isolation bezweckt ist, nämlich der völlige Identitätsbruch der Gefangenen hat mit Sicherheit, das kann ich aus meiner Kenntnis von Frau Meinhof sagen, nicht stattgefunden. So was kann sich auch nicht innerhalb von drei Tagen - Herr Rechtsanwalt Cappelli hat sie ja zuletzt gesehen - kann sich nicht innerhalb von drei Tagen oder ein paar Stunden einstellen. Falls Frau Meinhof Selbsttötung vorgenommen hat, dann auf Grund einer klaren nüchternen Entscheidung, nicht länger unter den Bedingungen dieser mörderischen Isolationsfolter in Stuttgart-Stammheim zu leben und um ein Faßl gegen diese Haftbedingungen zu setzen.

'LEUTE WIE HEROLD UND ICH FINDEN IMMER EINEN WEG' (BUBACK)

FOLKER STÖWSAND:

...schwere vegetative Disregulation, vielleicht kann man das mal erläutern, das ist eben ein ungepasstes Verhalten an die Umwelterfordernisse von Kreislauf, Atmung, Stoffwechsel. Außerdem haben wir bei allen Gefangenen festgestellt einen stark reduzierten allgemeinen Ernährungszustand. Wir haben darauf entsprechende Vorschläge gemacht, wie man eine Besserung erzielen könnte. Als wir dann im Januar wieder in Kaiserslautern waren, bei der mündlichen Anhörung, mußten wir feststellen, daß sich eigentlich nichts geändert hatte, und Professor Frey hatte die Möglichkeit, vorher die Gefangenen noch einmal zu sehen und äußerte uns, den beiden anderen Gutachtern gegenüber als erschrocken über den noch weiter verschlechterten Zustand der Gefangenen in Kaiserslautern, obwohl wir ja die Diagnosen gestellt hatten, auch die Therapievorschläge gemacht hatten. Trotzdem hatte sich an den Haftbedingungen, die wir alle als ursächlich erklärt hatten, nichts geändert und Frey war außerordentlich erschrocken, wie er sagte. Also man könnte ähnliche Feststellungen auch in den anderen Gutachten von Professor Rasch, Rasch hat damals auch geschrieben, daß eben jederzeit bei den Gefangenen eine Verschlechterung eintreten kann, deren Eintrittszeitpunkt nicht genau bestimmt werden kann. Eine ähnliche Feststellung habe ich unabhängig davon machen können, in Kaiserslautern, ich hab am Schluß meines Gutachtens geschrieben, die Folgen einer weiteren Vertiefung der vegetativen Dysregulation bzw. eines Manifestwerdens dieser Störung sind schwer vorherzusagen. Werden die Haftbedingungen nicht verändert, wird es in Zukunft sicherlich zu lebensbedrohlichen Zuständen kommen. Das heißt, das war auch die Vorstellung der anderen Gutachter. Als Beispiel könnte man vielleicht den Fall von Wolfgang Grundmann in Kaiserslautern nennen, bei dem man richtig feststellen kann, wie so die Vitalsubstanz schwindet bei ihm, in der Haft hat er zwölf Zähne verloren, er hat ein Untergewicht von 18 kg, ganz unabhängig von dem damaligen Hungerstreik, hat also auch Verdauungsbeschwerden, er kann z.B. bestimmte Speisen nicht mehr vertragen, er kann kein Fleisch, kein Fett und keine Kartoffeln mehr zu sich nehmen. Und Grundmann war ja vor kurzem wieder in einen Zustand der akuten Lebensgefahr gekommen. Das war das, was ich jetzt aus medizinischer Sicht dazu sagen kann.

OTTO SCHILY:

Meine Damen und Herren, wer als Verteidiger in den verschiedenen Verfahren unter anderen gegen die Mitglieder aus der Roten Armee Fraktion tätig war, weiß aus Erfahrung, daß die Staatsschutzbehörde sehr häufig mit dem Muster des Selbstverschuldens und des Selbstmordes operiert.

Wir haben dieses Muster kennengelernt im Zusammenhang mit den Haftbedingungen; bis zu den höchsten Gerichten hat man da die Behauptung, die unzutreffende Behauptung aufgestellt, ein Selbstverschulden liege vor, wir haben wiederum dieses Muster angetroffen bei dem Tode von Holger Meins; wir hören jetzt aus den verantwortlichen Kreisen wiederum von einem angeblichen Selbstmord von Ulrike Meinhof. Und diese Erfahrungen machen es notwendig, daß die äußerste Wachsamkeit und das äußerste Mißtrauen gegenüber solchen Erklärungen, die sehr schnell abgegeben werden, geübt wird.

Wir haben ^{von} den Kollegen, die in den letzten Tagen mit Ulrike Meinhof gesprochen haben, gehört, daß aus diesen Gesprächen sich nicht das leiseste Anzeichen für einen sich entwickelnden Gedanken an Selbstmord ergeben haben. Und dafür spricht auch die Tatsache, und ich habe dieses Schriftstück hier vor mir, das ist mir von Frau Ensslin übergeben worden, daß Frau Meinhof noch gestern einen Bericht verfasst hat über den Besuch des Kollegen Cappelli. Es spricht gegen irgendwelche Selbstmordgedanken, daß sie Pläne in die Zukunft entwickelt hat, auch in Bezug auf das laufende Verfahren, und es ist alarmierend, meine Damen und Herren, daß bereits jetzt zu diesem frühen Stadium die Bundesanwaltschaft ihrerseits Gerüchte austreut, die in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorrufen sollen, als ob es irgendein Motiv für eine Selbsttötung gegeben haben sollte. Und das muß auch der Ausgangspunkt für die Überlegungen sein, was hier eigentlich an Unaufgeklärtem sich als Resultat der letzten Stunden ergeben hat. Wir haben gehört, daß es nicht gelungen ist, innerhalb der letzten 10 bis 12 Stunden überhaupt den Körper von Ulrike Meinhof zu sehen. Es findet sich keine Adresse; der Kollege Croissant als Bevollmächtigter der Schwester von Ulrike Meinhof hat es über den Tag hinaus versucht, einen Kontakt herzustellen, es ist ihm nicht gelungen. Es war niemand erreichbar. Er wurde von Stelle zu Stelle verwiesen, ohne daß man ihm irgendeine Auskunft geben konnte, wo sich denn nun der Körper von Ulrike Meinhof befindet. Es ist den Gefangenen heute morgen verwehrt worden, Ulrike Meinhof noch einmal anzusehen. Das muß doch zu großer Sorge Veranlassung geben, daß ein solcher Vorgang stattfindet. Warum wird den Gefangenen ein Blick - da wird es doch wohl keine Sicherheitsgründe dafür geben - warum wird es den Gefangenen verwehrt, einen Blick auf den Körper von Ulrike Meinhof zu werfen? Welcher plausible Grund, fragen wir, soll für einen solchen Vorgang herhalten?

Und ich wiederhole, welcher plausible Grund, fragen wir, soll bestehen, daß man bis zur Stunde dem Bevollmächtigten eines Angehörigen den Zutritt zur Leiche verwehrt. Warum wurde kein Arzt des Vertrauens der Schwester zur Obduktion zugezogen? Warum die verdächtige Eile bei der Obduktion? Alles Fragezeichen, die Veranlassung geben sollen - und ich hoffe, daß ich das auch in dem Gespräch, wir werden hier ja heute zunächst nochmal kurze Beiträge referieren und dann hoffen wir ja noch auf Fragen aus ihrem Kreise - der Sache weiter nachzugehen und sich nicht damit zu begnügen, daß hier eine solche Version einer Selbsttötung ausgegeben wird. Es gibt sicherlich noch einige andere Einzelpunkte, die ich im Moment noch nicht, vielleicht auch erst in der Befragung ansprechen werde; aber jedenfalls das, was ich aus den offiziellen Versionen gehört habe, da kann ich schon jetzt erklären, daß das mit den Feststellungen, die ich mit den Informationen, die ich von Frau Ensslin bekommen habe, nicht übereinstimmt. Das kann ich vorweg erklären ohne jetzt hier dazu Details sagen zu wollen. Wir haben ja, wie gesagt, nur sehr fragmentarische und spärliche bruchstückhafte Erklärungen von offizieller Seite gehört. Der Grund, keine klare Auskunft darüber zu erhalten, auf welchen Zeitpunkt eigentlich der Tod angenommen wird und auch über das Obduktionsergebnis haben wir bis zur Stunde keinerlei Nachricht. Daraus ergibt sich aus dieser Entwicklung der Dinge zwangsläufig die Forderung, die wir hiermit erheben und auch den

zuständigen Stellen übermitteln werden auf Einsetzung eines unabhängigen internationalen Untersuchungsausschusses.

Wir halten es für wesentlich, daß der Untersuchungsausschuß unter Beteiligung von internationalen Kapazitäten gebildet wird, da ja die Interessenlage hier - da haben wir auch unsere Erfahrungen gemacht - doch so ist, daß das für die Unabhängigkeit eines solchen Gremiums notwendig ist.

Lassen Sie mich zum Schluß noch darauf hinweisen, daß der Tod von Ulrike Meinhof in einem bedeutungsvollen Kontrast; vielleicht auch in einem bedeutungsvollen Zusammenhang steht mit den Anträgen, die die Verteidigung in der vergangenen Woche in den Verfahren gestellt hat. Diese Anträge dienen der Aufklärung der wahren Zusammenhänge, in denen beispielsweise die Anschläge der Roten Armee Fraktion auf die beiden amerikanischen Hauptquartiere in Heidelberg und Frankfurt - welcher Zusammenhang dort besteht. Und dieser Kontrast, meine Damen und Herren, wird wohl kaum zu übersehen sein; daß man offiziell behauptet, eine Selbsttötung, daß auf der anderen Seite die Gefangenen die Initiative durch diese Anträge in dem Verfahren in Stammheim übernommen haben.

HANS CHRISTIAN STRÖBELE:

Meine Damen und Herren, ich will zwei Informationen geben, von denen meiner Auffassung nach die erste mehr interessiert, leider, als die zweite.

Mir ist bekannt, daß für die Mitglieder der Baader-Meinhof Gruppe, der RAF, insbesondere für die vier in Stuttgart Angeklagten seitens der DDR Überlegungen angestellt worden sind, in der Vergangenheit angestellt worden sind, die darauf hinausliefen, diese, oder auch andere, zumindest die vier hier in Stuttgart oder auch andere in der DDR aufzunehmen im Wege des Austauschs. Diese Überlegungen knüpfen nun - und das ist das Interessante hier heute - knüpfen an die Person von Ulrike Meinhof. Weil Ulrike Meinhof, wie inzwischen ja auch bekannt ist durch andere Veröffentlichungen, als Mitglied der illegalen KPD sehr gute Kontakte und vor allen Dingen sehr hohes Ansehen in der DDR genossen hat. Das war eine Überlegung. Die zweite Überlegung: Ich war ja Verteidiger von Ulrike Meinhof in dem Baader-Befreiungs-Prozeß in Berlin. Es wird immer wieder vergessen, daß Ulrike Meinhof ja nicht nur in der Haftanstalt Köln-Ossendorf und zwar nicht nur ein halbes Jahr, wie das heute hier erwähnt wurde, sondern insgesamt ein Jahr in dem Toten Trakt untergebracht war. Von dem sie selber verlangt hat, daß man ihn nicht mehr als Toten Trakt sondern ^{als} Gehirnwäschertrakt bezeichnet; sondern daß Ulrike Meinhof ja auch während ihrer Haftzeit in Berlin anderthalb Jahre später isoliert im sogenannten Turm in der Untersuchungshaftanstalt für Männer untergebracht war und mit ihr, lediglich, um das etwas zu verbergen, 3 andere Frauen untergebracht worden sind. Und daß sie auch dort total isoliert gewesen ist. Über Wochen; und wir haben uns in Berlin vergeblich bemüht, diesen Zustand zu beseitigen.

Und Ulrike Meinhof hat ^{mit} mir bereits in Köln-Ossendorf in den vielen Gesprächen, die wir über die Folgen der Isolationshaft geführt haben, heftige Kontroversen; Kontroversen immer darüber, daß die Anwälte und die Verwandten es nicht genügend verstehen, was da mit einem Menschen in der Haftanstalt geschieht. Ulrike Meinhof hat mir damals gesagt: das, was hier mit uns gemacht wird, hält kein Mensch aus. Auch ich nicht. Es ist nur die Frage, wie lange man es aushält. Da kann man vielleicht noch was tun; aber aushalten kann das, was hier mit mir und mit den anderen geschieht, keiner. Das sind die beiden Informationen, die ich anzugeben habe.

HANS HEINZ HELDMANN:

Die bereits erwähnte dpa-Meldung, 'Spannungen zwischen den Gefangenen', hierbei hat Kaul für die Bundesanwaltschaft insbesondere Spannungen zwischen Herrn Baader und Frau Meinhof genannt, diese Meldungen aus dem Haus der Bundesanwaltschaft habe ich auch insbesondere namens meines Mandanten Andreas Baader als eine gezielte und bewußte Falschmeldung zurückzuweisen, die übriggebliebenen, heute noch übriggebliebenen Gefangenen sagen dazu wörtlich:

„Es gab keinen grundsätzlichen Widerspruch, auch keinen Ärger oder irgendwas, Spannung, vielmehr die Beziehungen der Gruppe war intensiv, liebevoll, diszipliniert, frei zueinander.“

Ich erinnere Sie jedoch an den Ausspruch der gemeinsamen Erklärung der Gefangenen am Verhandlungstag vom 4. Mai im Anschluß an die Beweisanträge der Verteidigung, die darauf zielten, gewisse Angriffe hauptsächlich in Heidelberg auf militärische Einrichtungen der USA auf dem Territorium der BRD zu erklären und juristisch zu rechtfertigen. Im Anschluß daran haben die Gefangenen wörtlich erklärt:

„Es ist 'ne Banalität zu sagen, daß Justiz, der Staatsschutz, dieses Gericht hier, diese Ebene – antiinstitutionelle Politik – als ihren Antagonismus nur fassen kann mit dem Ziel der Zerstörung revolutionärer Politik in der Vernichtung des Revolutionärs.“

Es gab kein Signal für einen beabsichtigten Freitod Ulrike Meinhofs. Insbesondere können wir Anwälte aus unserer Beobachtung der Gefangenen noch bis in die letzten Tage hinein sagen, daß dieses Verhältnis untereinander ein sehr solidarisches war und wir können weiter sagen, daß die Zusammenarbeit aller dieser Gefangenen die inhaltliche Arbeit, insbesondere auch die Arbeit, die Vorbereitung der Hauptverhandlung unverändert inhaltlich fortbestanden hat unter voller Einigkeit bzw. unter voller Teilnahme von Ulrike Meinhof. Es gab also kein Signal; und in diesem Zusammenhang zitiere ich wohl als einen gewissen Ausdruck eigenen Zweifels an der These Freitod, nach den sofort aufgenommenen Notizen der Gefangenen den Gefängnisarzt Dr. Henck, der in diesem Zusammenhang heute vormittag geäußert habe:

„Man muß sehen, daß sie Leute sind, die zu größter Selbstdisziplin fähig sind, das ist einmalig, ich habe so etwas noch nie gesehen, einzigartig.“

Was aber tödlich ist, in diesem Verfahren und jetzt mein ich Verfahren im weitesten Sinne, also über die Hauptverhandlung, die derzeit noch läuft, hinausgehend; was aber tödlich ist, das wissen wir von den Ärzten, und zwar gerade von denjenigen sachverständigen Ärzten, die das Gericht als Sachverständige bestellt hat, das wissen wir, das sind die Haftbedingungen, die fortgeführt, sie wissen es jetzt seit über einem halben Jahr aufgrund schriftlicher Gutachten, die fortgeführt nicht nur zur Zerstörung der Personenidentität, sondern auch zur Zerstörung der physischen Substanz führen muß. Das ist tödlich nämlich, das ist die fortgeführte Verweigerung medizinischer Behandlung durch Ärzte des Vertrauens, ausdrücklich zuletzt verweigert, in den letzten Tagen auf wiederholte Beantragung durch die Verteidigung nunmehr diese Ärzte, deren Behandlung als lebensnotwendig aus den medizinischen Gutachten hervorgegangen waren, nunmehr diese Behandlung durch die Ärzte des Vertrauens zuzulassen, abermals stereotyp die Ablehnung mit der einzigen Begründung: für die Behandlung im Vollzug oder in der Untersuchungshaft sei der Vollzugsarzt zuständig. Obgleich, nur ein Beispiel möchte ich Ihnen noch einmal nennen, ich wiederhole Professor Rasch, nämlich vom 22.9.1975 und in seiner späteren Stellungnahme vom 7.11.1975, dieses Gericht darauf hingewiesen hatte, daß die entscheidenden Behandlungsmaßnahmen in einer Änderung der Haftbedingungen mit der Möglichkeit größerer sozialer Interaktionen liegen und gesagt hat, daß nicht vorstellbar sei, die bei den Angeklagten Isolationsfolgen therapeutisch anzugehen, ohne die jetzigen Haftbedingungen gründlich zu ändern. All das weiß jeder, kann jeder wissen, wissen insbesondere diejenigen, die es angeht, die es angegangen wäre.

Besonders erschütternd wird das Ableben Ulrike Meinhofs, sieht man es vor dem Hintergrund eines neuen, man kann geradezu sagen, eines verzweifelten Antrags ihres Verteidigers Axel Azzola am 26.4.1976 an den Vorsitzenden des 2. Strafsenats, nämlich die Haftbedingungen, den medizinischen Einsichten entsprechend, die ja dem entsprechenden Senat in Form der Gutachten schriftlich vorliegen, die Haftbedingungen ihren Einsichten entsprechend abzuändern; der Antrag vom 26.4. der bis heute nicht beschieden ist, der nun durch den Handlungsablauf sein Ende gefunden hat. Bei jenem Antrag heißt es zu seiner Begründung: Nachdem es bei dem in Stuttgart Anhängigen eines mehrmonatigen Kampfes der Angeklagten und ihrer Anwälte des Vertrauens bedurfte, bis der Senat es zuließ, daß der Gesundheitszustand der Gefangenen fachärztlich untersucht wurde, muß nunmehr festgestellt werden: das eine Gericht, nämlich das Oberlandesgericht Düsseldorf, in der Strafsache gegen Dellwo u.a., tut mehr für die Verhinderung des Eintritts gesundheitlicher Schäden als das andere, nämlich das Oberlandesgericht Stuttgart zur Behebung schon eingetretener Beeinträchtigung; in Bezug auf die Behebung der Verhandlungsunfähigkeit der Gefangenen war von mehreren Gutachtern insbesondere die Aufhebung der Isolation, hilfsweise eine großzügige gruppenweise Zusammenfassung der Gefangenen vorgeschlagen worden. Das OLG Stuttgart hat bis heute nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen, die Düsseldorfer Verfügung zeigt, daß das OLG Stuttgart sogar hinter dem Möglichen zurückgeblieben ist, dieses Zurückbleiben hinter dem Möglichen macht deutlich, daß das OLG Stuttgart für das Andauern der eingeschränkten Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten die Verantwortung trägt, wobei sich der Verdacht aufdrängt, daß dies auf ein mangelndes Interesse an der Wiederherstellung der Gesundheit der Gefangenen zurückzuführen ist. So Azzolas Antrag vom 26.4. mit dem ihnen bekannten Ergebnis vom 9.5.1976.

AXEL AZZOLA:

Nachdem der Kollege Dr. Heldmann schon auf den von mir zuletzt festgestellten Antrag auf Änderung der Haftbedingungen zu sprechen gekommen ist, möchte ich noch im Namen der Toten und für die Lebenden eines sagen: ich fordere die Anwendung der Genfer Konvention bei den Haftbedingungen, ohne Rücksicht auf die Frage eines Rechtsstaates. Dort, wo ersichtlich die Vernichtung von Menschenleben auf dem Spiel steht, ist es absurd, über die Frage zu diskutieren, ob qua geltendem Völkerrecht der Status eines Kriegsgefangenen gewährt werden könne oder nicht; es kommt einzig und allein auf den Inhalt an. Er heißt: Aufhebung der Isolation, Zusammenführung einer ausreichend großen Gruppe von politischen Gefangenen aus der RAF; und ich werde diese Forderung immer wieder erheben, weil ich genau da sehe, daß dies wohl der einzige Weg ist und wird sein, einer seit Jahren zu beobachtenden Internierungsstrategie entgegenzusetzen. Sie sind alle gekommen, nachdem wir wieder einen Toten haben; wo waren sie alle, das Fernsehen, die Presse, einschließlich der scheinheiligen FAZ, als es noch Lebendige zu verteidigen gab. Wo waren sie einschließlich der führenden konservativen Meinungsblätter, als es galt, den Abwehrkampf zu führen gegen die moralische Zerstörung und Vernichtung von Menschen.

BERNARD RAMBERT:

Meine Damen und Herren, ich kann mich hier nicht äußern zu der Frage der angeblichen Selbsttötung von Ulrike Meinhof. Als Schweizer Verteidiger kann ich im Rahmen dieser Pressekonferenz lediglich darauf hinweisen, daß wir in der Schweiz dieselbe Isolierhaft kennen wie in der BRD. Und zwar dieselbe Isolierhaft gegenüber politischen wie auch gewöhnlichen Gefangenen.

Wir kennen diese Isolierhaft, die über mehrere Jahre hinaus dauert. Wir kennen diese Isolierhaft, obwohl sie wissenschaftlich erwiesenermaßen menschenvernichtend ist. Ich verteidige in der Schweiz die italienische und deutsche Staatsangehörige Petra Krause, die seit März 1975 also seit mehr als einem Jahr in dieser totalen Isolation sitzt. Ihr gesundheitlicher Zustand verschlechtert sich von Monat zu Monat; sie wiegt heute noch 37 Kilogramm. Dies, obwohl sie lediglich im Jahre 1975 während knapp 2 oder 3 Wochen einen Hungerstreik gemacht hat. Ich kann daher als Schlußwort lediglich dem folgen, was Kollege Azzola gefordert hat, nämlich nach einem internationalen Haftstatut, nach Anwendung der Genfer Konvention.

JEAN JAQUES DE FELICE:

Erstaunen Sie sich nicht, wenn ich jetzt sprechen werde über die Menschenrechte und speziell über die Rechte von Gefangenen. Warum bedarf es aber erst des Todes einer politischen Gefangenen., damit wir uns einsetzen für die vitalen Rechte eines politischen Gefangenen. Und ich möchte in Erinnerung rufen den Wortlaut des Artikels 6 Abs.2 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der heißt:

„Jede Person, die eines Verstoßes angeklagt ist, hat als unschuldig zu gelten, bis ihre Schuld auf legale Weise etabliert ist und das heißt, daß heute morgen eine Unschuldige gestorben ist. Ich mache aufmerksam auf den Artikel 3 der Menschenrechte: „Jedes Individuum hat Recht auf Leben“. Und es sind bereits 4 Menschen getötet worden in einem ähnlichen Zusammenhang. Ich habe gestern mit Gudrun Ensslin gesprochen über die Verteidigung der politischen Gefangenen, und es wurde hervorgehoben das Recht der politischen Gefangenen auf Leben, aber auch das Recht politischer Gefangener auf den freien Ausdruck ihrer Überzeugungen. Und es wurde gesprochen über die Absicht, zum Europäischen Gerichtshof zu gehen. In Straßbourg.

Es kann nicht genügen für einen Anwalt, die Gefangenen nur zu verteidigen, ohne nicht ihr Leben zu sichern. Und es kann nicht Aufgabe von Verteidigern sein, das Gedächtnis an politische Gefangene zu pflegen. In allen Westeuropäischen Ländern sind politische Gefangene zu verteidigen und in allen diesen Ländern muß es darum gehen, auf sie die Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen anzuwenden. Was verlangen die politischen Gefangenen? Sie verlangen den Beistand einer öffentlichen Meinung gegen übermächtige Staatsapparate. Die angewandten Methoden der sensorischen Deprivation und der Isolation haben zum Ziel und zum Ergebnis, die politischen Gefangenen schon vor ihrem Prozeß zu zerstören; zu erreichen, daß sie nicht mehr unversehrt öffentlich in dem Prozeß ihre Überzeugung vertreten können. Die Unterdrückungsmaßnahmen, die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Anwälte haben zum Ziel, zu sichern, daß die Gefangenen keine freie Verteidigung haben. Alle französischen Juristen, alle französischen Anwälte haben protestiert gegen die Verfolgungsmaßnahmen, die gegen zwei deutsche Anwälte ergriffen worden sind. Und es besteht ein Bewußtsein darüber, daß was in der Bundesrepublik geschieht, den französischen Anwälten nicht gleichgültig sein kann. Darum hat der Pariser Anwaltsstand im Juli letzten Jahres gegen die Verfolgungsmaßnahmen, die gegen die deutschen Kollegen ergriffen wurden, protestiert.

Ich möchte einen feierlichen Appell richten gerade auch im Namen der Überlebenden. Die politischen Gefangenen haben mich gebeten, öffentlich dafür einzutreten, daß das Statut für politische Gefangene in allen Westeuropäischen Ländern angewandt wird. Und dieses Statut hat zu garantieren die Würde, die Rechte und das Leben der politischen Gefangenen. Acht Mediziner haben in Stuttgart die angewandten Maßnahmen verurteilt und haben nachgewiesen, daß sie zur Zerstörung führen; daß sie unmöglich machen, daß die politischen Gefangenen ihre Integrität aufrechterhalten können. In Anbetracht dieser nachgewiesenen Zerstörungen muß gefordert werden, daß in allen Westeuropäischen Ländern ein Recht politischer Gefangener durchgesetzt wird auf Zusammenschluß, auf Zusammenfassung.

In Frankreich gibt es dieses Recht der politischen Gefangenen, daß die Vertreter einer politischen Richtung zusammengeschlossen werden, schon seit längerem. Dort wird es angewandt und es muß gefordert werden, daß das in den anderen Westeuropäischen Ländern auch geschieht. Dieses Ziel kann nur mit Hilfe der öffentlichen Meinung erreicht werden. Und angesichts der Zänkereien zwischen den Regierungen, was gerade zum Beispiel Frankreich und Deutschland angeht, muß die öffentliche Meinung auf die wirklichen Mißstände hinweisen und es muß die Solidarität der Europäischen Völker auf dieses Ziel hin organisiert werden. Erlauben Sie mir noch zum Schluß eine persönliche Bemerkung.

Ich verteidige ständig politische Gefangene. Und ich besuche in verschiedenen Ländern politische Gefangene namens der Internationalen Föderation für die Menschenrechte. Und ich habe in dieser Eigenschaft als Beobachter an dem Prozeß in Stammheim teilgenommen, an verschiedenen Prozessen teilgenommen. Ich habe mit Gudrun Ensslin gesprochen und ich fand sie mutig und entschlossen. Ich möchte nicht das Gedächtnis an Gudrun Ensslin verteidigen, sondern ich möchte ihre Würde, ihre Ehre und ihr Leben sowie das auch aller anderen politischen Gefangenen verteidigen.

PRESSEKONFERENZ MIT JUSTIZMINISTER BENDER

STUTTGART (ID) Am 10.5. gab der baden-württembergische Justizminister Traugott (!) Bender eine Pressekonferenz auf der er sich meist

sehr kritischen Fragen ausgesetzt sah. Auf die Frage nach dem Verbleib von Manuskripten und letzten Aufzeichnungen von Ulrike sagte Staatsanwalt Heißler:

„Die Unterlagen werden zur Zeit unter der Leitung eines Staatsanwalts gesichtet, eben in erster Linie im Hinblick darauf, ob irgendwelche Urkunden vorhanden sind, aus denen sich Anhaltspunkte für ein Motiv für Frau Meinhof ergeben. Soweit diese Urkunden von Beweiserheblichkeit sind, werden sie beschlagnahmt, bzw. dem Richter zur Beschlagnahme vorgelegt. Alle übrigen Sachen werden zur Habe der Gefangenen genommen.“

Dem Bundesanwaltschaftsargument von den schweren Spannungen in der Gruppe scheint selbst Traugott Bender nicht recht zu trauen: „Ich sehe den logischen Zusammenhang zwischen den möglichen Spannungen, von denen gesprochen worden ist, und dem, was uns heute beschäftigt, nicht...“... „Mir sind darüber keine Erkenntnisse bekannt, daß hier ein gewisser Isolationstrend bei Ulrike Meinhof feststellbar gewesen wäre. Ich kann's aber nicht ausschließen, weil ich da jetzt überfragt bin, mir ist jedenfalls nichts bekannt“.

Dann kam eine Frage, die auf die Reaktion der anderen Stammheimer Gefangenen des "Normalvollzugs" abzielte: „Hat nach der Nachricht von dem Freitod von Ulrike Meinhof sich in der Anstalt irgendeine Nervosität oder ja – leichte Unruhe – bemerkbar gemacht?“

Bender: „Aus der Frage schließe ich, daß sie wissen, daß zur Zeit eine gewisse Unruhe in der Anstalt ist. Wieweit sie ausschließlich mit dem Bekanntwerden des Todes von Ulrike Meinhof zusammenhängt, vermag ich nicht zu sagen, es ist jedenfalls im Augenblick eine gewisse Unruhe und wir beobachten die Entwicklung in der Anstalt sehr genau.“

– Wie äußert sich die Unruhe? –

Bender: „Die äußert sich dadurch, daß im Hof glaube ich, sich viele – jetzt nicht mehr – aber vor etwa noch einer Stunde, eine Reihe von Gefangenen sich zusammengetan haben und eh eh verweigern in die Zelle zu gehen..... Ja, nun ist ja ihnen gesagt worden, daß die Forderungen, die von dieser Gruppe, die im Hof sich befand, daß die Forderungen mit dem Vorgang eh Ulrike Meinhof, dem Freitod von Ulrike Meinhof nichts zu tun haben. Ich schließe nicht aus, daß ein emotionaler Zusammenhang eh besteht.“

„Die Polizei ist verständigt. Die Polizeiorgane von Stuttgart sind über den Vorgang im Bild und das ist eine Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren, wenns eine Unruhe in einer Anstalt gibt, die möglicherweise Eskalationen in sich birgt, müssen die Sicherheitsorgane, muß die Polizei verständigt werden. Es ist eine Selbstverständlichkeit – und die Polizei ist verständigt“.

DIE ZYNISCHE BEHAUPTUNG DER NORMALITÄT ZUR VERHANDLUNG GEGEN DIE RAF AM DIENSTAG

STAMMHEIM (ID) Stammheim, 11. Mai 1976, vormittags:
12. MAI voller Gerichtssaal, viele Genossen. Prinzing eröffnet die Sitzung, indem er mit ungläublichem Zynismus erklärt, die Verteidigeraufträge für Ulrikes Verteidigung seien durch ihren bedauernswerten Tod erledigt. Keine Bedenken bestünden, daß Rechtsanwalt Oberwinder jetzt Andreas Baaders Verteidigung übernehme. Prof. Azzola hat sich noch nicht um eine neue Verteidigungsvollmacht bemüht. Er nimmt im Zuschauerraum an der Verhandlung teil. Der Presse erklärte er in einer Verhandlungspause, bevor Ulrike nicht unter der Erde liege, verweigere er, eine Vollmacht entgegenzunehmen. Im Gegensatz zum Senat will Azzola unter allen Umständen den Anstand wahren, „ohne den es keine materielle Gerechtigkeit gibt“ (Azzola). Denn es ist eine ungeheure Provokation des Gerichts, obwohl eine 10-Tages-Frist jederzeit eingeräumt werden könnte. Gudrun Ensslin hat er bereits gesagt, daß er die Übernahme der Verteidigung vertagen muß.

Rechtsanwalt Dr. Heldmann beantragte sofort die Unterbrechung der Hauptverhandlung um 10 Tage. Mit dem Tod von Ulrike ist eine völlig neue Situation entstanden: Die Gefangenen haben sieben Jahre wie eine Familie miteinander gelebt, engste familiäre Bindungen sind zerrissen worden. Es ist also keineswegs eine juristische Frage, sondern eine Frage des schlichten Anstandes, das Verfahren zu unterbrechen. Dazu kommt, daß die Todesursache unklar ist. Weder der Schwester von Ulrike noch ihren Verteidigern ist der Obduktionsbefund bekannt, auch nicht die Ergebnisse der toxikologischen und histologischen Untersuchung. Eine Nachobduktion, deren Ergebnis abgewartet werden muß, findet am gleichen Tag statt.

Heldmann erklärte weiter: Die Zweifel, die die Verteidigung an der Version, Ulrike habe sich selbst getötet, geäußert hat, hat der baden-württembergische Justizminister Bender in seiner Presseerklärung nicht einmal am Rande berührt. Ulrike hat bis zur letzten Stunde gearbeitet. Es hat nicht den geringsten Anflug eines Signals gegeben, mit dem sie ihren Selbstmord angekündigt haben würde: Kein Wort an die Freunde, keine Wort des Abschieds, der Erklärung.

Die Aufklärung der wahren Todesursache ist geboten, um Gefahren für das Leben der drei verbliebenen Gefangenen abwenden zu können. Jeder weiß oder kann es wissen, die Verantwortlichen aber müssen es wissen, daß viele Jahre Isolation ohne Ankündigung zum plötzlichen Tod führen kann. Das sind die Ergebnisse der internationalen Hospitalismusforschung, die zu Rate gezogen werden müssen, solange es eine adäquate Isolationsforschung nicht gibt.

Heldmann ermahnte das Gericht, seiner Fürsorgepflicht für die Gefangenen endlich in vollem Umfange nachzukommen. Er erinnerte an Ulrikes schweren Kreislauf-Kollaps mit vorübergehender Bewußtlosigkeit vor einem halben Jahr. Damals hatten die Verteidiger eine Therapie durch Ärzte des Vertrauens gefordert. Prof. Rasch hatte größere soziale Interaktion für notwendig befunden und hatte angeführt, daß die Gruppe von vier Personen nicht ausreicht und die Haftbedingungen Ulrikes Genesung entgegenstehen. Diese Therapie durch Ärzte des Vertrauens hatte der Senat abgelehnt. Heldmann forderte die sofortige Untersuchung der verbliebenen drei von ursprünglich fünf Gefangenen. Sie hat dringlichste prozessuale Maßnahme zu sein, die nicht durch den stereotypen Bescheid der Prozeßverschleppung abgelehnt werden könnte. – Prinzing's Antwort: Über den Untersuchungsantrag wird außerhalb der Hauptverhandlung entschieden.

Jan Raspe hatte schon einmal das Wort ergreifen wollen, war aber von Prinzing mit kleinlicher Härte daran gehindert worden. Auch Heldmanns Hinweis auf die ohnehin reduzierte Verhandlungsfähigkeit der Gefangenen hatte nichts geholfen. Jetzt kritisierte er an dem vorangegangenen Antrag, insofern er vermittelt, Ulrike sei an der Isolation gestorben. Jan, Gudrun und Andreas glauben, daß Ulrike hingerichtet worden ist. Sie wissen nicht wie, aber sie wissen von wem. Herold und Buback hatten sich schon oft eindeutig geäußert. (Buback: „Leute wie Herold und ich finden immer einen Weg“). „Es war Mord, wie bei Holger und Siegfried Hausner“ – Prinzing unterbrach Jans Erklärung andauernd, mindestens achtmal. – Jan: „Hätte Ulrike sich entschlossen, sich umzubringen, dann hätte sie es uns gesagt, auf jeden Fall Andreas. So war die Beziehung.“

ERKLÄRUNG VON JAN-CARL RASPE IM PROZESS AM 11. MAI

„Ich habe nicht viel zu sagen. Wir glauben, daß Ulrike hingerichtet worden ist. Wir wissen nicht, wie, aber wir wissen, von wem und wir können das Kalkül der Methode bestimmen. Ich erinnere an Herolds Satz „Aktionen gegen die RAF müssen immer so abgewickelt werden, daß Sympathisantenpositionen abgedrängt werden.“ Und Buback: „Der Staatsschutz lebt davon, daß sich Leute für ihn engagieren. Leute wie Herold und ich finden immer einen Weg“.

Es war eine kalt konzipierte Hinrichtung – wie Holger hingerichtet worden ist, wie Siegfried Hausner hingerichtet worden ist. Hätte sich Ulrike entschlossen, zu sterben, weil sie als letzte Möglichkeit sah, sich – revolutionäre Identität – gegen die langsame Zerstörung des Willens in der Agonie der Isolation zu behaupten – hätte sie es uns gesagt – auf jeden Fall Andreas: so war die Beziehung.

Ich glaube, die Hinrichtung Ulrikes jetzt – in diesem Moment – hat ihren Grund in der Kulmination – einem ersten politischen Durchbruch der internationalen Auseinandersetzung Guerilla – Imperialistischer Auseinandersetzung-Bundesrepublik. Darüber sprechen Informationen, über die ich jetzt nicht reden will. Sie liegt auf der strategischen Linie aller staatlichen Bewältigungsversuche seit 6 Jahren: physische und moralische Vernichtung der RAF. Und sie zielt auf die Guerillagruppen in der Bundesrepublik, für die Ulrike eine wesentliche ideologische Funktion hat.

Zu sagen ist noch – die ganze Zeit, die ich die Beziehung zwischen Ulrike und Andreas kenne, – und ich kenne sie seit 7 Jahren – war ihr Signal Intensität und Zärtlichkeit, Sensibilität und Genauigkeit.“

Prinzing unterbrach, weil Jan einen Antrag formulieren sollte; Anträge zu stellen war aber bei der Absurdität dieser Verhandlung nicht Jans Absicht. – Die Gerüchte, daß es Spannungen und Entfremdung zwischen Ulrike und Andreas gegeben hätte, sind von Buback. Seit sieben Jahren hat es keinen Bruch gegeben, die Beziehungen waren bestimmt durch die Politik der RAF, Widersprüche nur möglich über praktischen Bezug. Das beweisen die Briefe und Manuskripte der Freitagverhandlung.

Gudrun verlas das Protokoll, das sie vom Sonntag angefertigt hatte. Die Zelle ist Sonntagmorgens aufgeschlossen worden, Gudrun konnte jedoch nicht in die Zelle Ulrikes, die abgeschlossen war. Ein Wärter sagte zu ihr, sie könne Ulrike jetzt nicht sehen, weil Frau Meinhof tot sei. Am Vorabend hatten Gudrun und Ulrike durchs Fenster miteinander gesprochen, weil ein Hubschrauber umherflog, was schon lange nicht mehr vorgekommen war. Später tönte Musik aus Ulrikes Zelle, Gudrun ist davon aufgewacht (Ulrike hörte öfters noch spät Radiomusik). Sie hatten am Tag beim Umschluss noch über „Identität und Bewußtsein“ gesprochen, über Gramsci und Lenin. Sie hatten oft zusammen gelacht.

Ein Beamter hat Gudrun später darüber informiert, daß Ulrike sich noch umgezogen und nicht aufs Dach gewollt hat.

Der Gefängnisarzt erklärt den Selbstmord als Kurzschluß. Er sagte, die Gruppe sei zu klein, es müßten notwendig Spannungen auftreten. Trotzdem sprach er von Ulrikes größter Selbstdisziplin, wie er sie noch bei keinem gesehen hätte. Gudrun, Jan und Andreas verlangten Ulrike noch einmal zu sehen. Der Staatsanwalt lehnte ab. Sie verlangten, daß mit dem Abtransport gewartet würde; als gegen elf Uhr zu hören war, daß der erste Anwalt kommen würde, wurde die Blechwanne mit Ulrikes Körper blitzschnell aus dem Trakt gezogen.

Bevor Gudrun ihr Protokoll verlas, hatte sie darauf hingewiesen, daß die Obduktion von Rausch vorgenommen worden ist, von demselben, der auch Hausner obduziert hatte (Prinzing ergänzte, daß auch Professor Malach mitbeteiligt gewesen sei). Sie hatte auch die unerhörten Verfälschungen Benders über die Stammheimer Gefangenen richtiggestellt, indem sie bestätigte, daß im Gefängnis mehrere Male gebrüllt worden war. Rechtsanwalt Oberwinder konnte auch davon berichten, wie er die Gefangenen der JVA hatte rufen hören (Bender hat in seiner Pressekonferenz erklärt, die Unruhe sei auf das schöne Wetter und den zu erwartenden Hofgang zurückzuführen). Als Schily ergänzte, daß es durchaus prozeßbedeutend wäre, ob in der Öffentlichkeit von höchster Stelle die Unwahrheit gesagt würde, kam es zu viel Beifall aus dem Zuschauerraum. Prinzing: "Es scheint sich viel von ihrem Anhang hier versammelt zu haben". Er ordnete an, Störer sofort ausfindig zu machen und zu entfernen. Wenn das nicht mehr möglich sei, müsse die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Einige Polizisten mußten sich in die erste Reihe setzen, das Publikum stets im Auge, um gegebenenfalls die Störer schnell identifizieren zu können.

Schily begründete seinen Antrag auf zehntägige Unterbrechung zunächst mit dem nüchternen Hinweis darauf, daß das Gericht allein zu Erholungszwecken Zehntagesfristen einberaumt hat, z.B. am 26. Mai. Technische Gründe kommen für eine Ablehnung also nicht in Betracht. Weiterhin vertrat er die Auffassung, daß es angesichts des düsteren, tiefgreifenden Ereignisses unmöglich ist, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Und wenn der Vorsitzende meint, hier die Verhandlung mit geschäftsmäßiger Härte weiterwälzen zu können, dann hat er dazu die Macht, aber nicht das Recht. Die Unsicherheit, die sich in seiner scheinbaren Härte verrät, gibt Aufschluß über den Charakter dieses Verfahrens. Der Zeitraum ist ohnehin knapp bemessen, um die Konsequenzen, die sich aus Ulrikes Tod ergeben, mit den Gefangenen zu erörtern. Jeder menschlich denkende Mensch muß ihn für angemessen halten.

Jan Raspe hat erklärt, daß sich die Gefangenen wie politische Geschwister fühlen. Die Verteidigung sieht keinen Anlaß etwas hinzuzufügen, um den tiefen Einschnitt zu verdeutlichen. Besprechungen werden auch nötig sein, um Aufklärung über Ulrikes Tod zu erlangen.

Schily hatte auf der Pressekonferenz am Sonntag die Einsetzung eines unabhängigen internationalen Untersuchungsausschusses gefordert. Die Notwendigkeit der objektiven Beurteilung der Vorgänge liegt auf der Hand. Die Behauptung, es handle sich um Selbstmord, ist sehr schnell aufgestellt worden; besser wäre es, von einem "anonymen Mord" zu sprechen, solange keine Beurteilung möglich ist. Die Verteidigung übersieht nicht, daß sich für einen "Freitod" Ulrikes (so hatte sich Prinzing ausgedrückt) sich kein Motiv erkennen läßt und daß alles, was wir wissen, gegen den Freitod spricht. Auf der anderen Seite könnten durchaus Motive vorhanden sein, Ulrike aus dem Weg zu räumen. Ihr Tod könnte, sollte vielleicht eine Bresche schlagen, um eine leichtere politische Vernichtung der RAF und ihrer politischen Ziele zu ermöglichen. Es ist so, daß Ulrikes Name in der Öffentlichkeit jenseits aller Diffamierung mit hohen moralischen Ansprüchen verbunden ist. Dieser Umstand könnte einen klaren Bezug zu ihrem Tod haben.

Außerdem starb sie in dem Stadium des Verfahrens, in dem die Verteidigung den ersten Versuch gemacht hat, alle politischen Inhalte einzuführen, die wesentlich für die Beur-

teilung der Politik der RAF sind und das Verfahren bestimmen müssen. Knapp eine Woche darauf ist Ulrike Meinhof tot.

In der Öffentlichkeit trat man mit dem propagandistischen Trick, mit der Behauptung auf, der Grund liege in Gudruns Erklärung, in der die RAF die politische Verantwortung für die Anschläge in Frankfurt und Heidelberg übernommen hat. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um das Muster eines prozessualen Geständnisses, sondern nur um die Wiederholung der Erklärung zur Sache vom Januar. Appelle an dieses Gericht waren bis jetzt immer zum Scheitern verurteilt. Es kann sein, daß der Antrag deshalb nur eine Dokumentation dessen sein wird, was an Unrecht in diesem Haus praktiziert wird.

Rechtsanwalt Oberwinder schloß sich dem vorangegangenen Anträgen an. Der Versuch der Verteidigung, zumindest das Leben der Gefangenen zu schützen, ist gescheitert. Prinzing droht, ihm das Wort zu entziehen; einem Rechtsanwalt das Wort verbieten zu müssen sei sehr peinlich. Oberwinder daraufhin: Es geschehen hier viel peinlichere Dinge.

Ein Sprecher des Zweiten Senats hatte im Rundfunk darzustellen versucht, daß es keine Reaktion im Stammheimer Gefängnis gegeben hätte. Es wurde versucht, die Normalität zu behaupten. Schily wollte wissen, wer der Sprecher des Zweiten Senats sei. Hat der Zweite Senat einen Sprecher, der falsche Erklärungen von sich gibt? Prinzing wiegelt ab und meint, der Sprecher habe seine Verantwortung mit seiner eigenen Meinung verbunden, weigerte sich aber, ein Dementi herauszugeben.

Andreas begann seine Erklärung damit, daß man eigentlich nicht mehr gegen Prinzing reden, sondern gegen ihn handeln müsse – Unterbrechung Prinzing: Prozessual gäbe es jetzt keinen Raum für Erklärungen, ja, er wisse nicht einmal, was das solle. Andreas: Ich begründe nichts, ich beantrage auch nichts, vor diesem Rattenhaufen ist es auch nicht die Ebene einer Erklärung.

Ein Zwangsanwalt – Künzel – meldete sich zu Wort. Er beantragte, für die Dauer dieser Woche zu unterbrechen. Ein Mensch in tiefster Unfreiheit, mit dem man es mehr als ein Jahr zu tun gehabt habe, sei jetzt tot. Die Unschuldvermutung müsse respektiert werden, auch wenn ein Mensch von der rätselhaftesten tiefsten Freiheit Gebrauch machen würde, sich das Leben zu nehmen. Er schlug vor, Terminpläne zurückzustellen und Zeugen heimzuschicken, um den Sachverhalt aufzuarbeiten. Es solle nicht verhandelt werden, solange die sterblichen Überreste nicht ihre Ruhe gefunden hätten. Das könne nicht verweigert werden, es sei denn, daß diesen Gefangenen in den Augen des Gerichts jede sittliche Bindung fehlen sollte. Zur Situation der Zwangsverteidiger sagte er, daß er wisse, daß es dem innersten Interesse dieser Angeklagten zuwiderlaufe, daß er hier nur auftrete, um den formalen Ablauf der Verhandlung zu garantieren. Er bat das Gericht darum, ihn nicht in Konflikte zu bringen.

Rechtsanwalt Kopp fügte den Anträge ergänzend hinzu: Für wen die vorgetragenen Begründungen nicht ausreichend sind, der möge sich erinnern, daß diese Menschenverachtung identisch mit derjenigen ist, die dazu geführt hat, daß menschliche Körper zu Seife verarbeitet wurden.

Nach halbstündiger Verhandlungspause beantragte Bundesanwalt Wunder die Anträge auf Unterbrechung der Verhandlung zurückzuweisen, weil sich in der StPO keine Handhabe dafür böte. Für die Zeit der Beisetzung könnte man noch eine Regelung treffen. Er bedauere sehr, daß Rechtsanwälte in solch polemischer Form gegen den Staat und seine Institutionen Stellung bezögen.

Der Senat beschloß nach einer weiteren Beratungspause, den gestellten Anträgen der Verteidigung nicht stattzugeben. Laute Buh-Rufe, überall aus dem Publikum laute Sprechchöre: 'Prinzing Mörder – Freiheit für alle Gefangenen – Selbstmord ist Lüge'. Die Genossen wurden von den herbeieilenden Bullen herausgedrängt, die Hälfte des Saales war geräumt worden. Alle Wahrverteidiger verließen den Saal. Schily erklärte, daß die Verteidigung erst nach der Beerdigung Ulrikes wieder teilnehmen wird, frühestens Dienstag.

Interessieren wird vielleicht auch, daß nach der Kundgebung vor dem Knast in Stammheim, mehrere Genoss(inn)en feststellen mußten, daß die Reifen ihrer Autos kaputtgestochen waren; in einem uns bekannten Fall wurde sogar Wasser in den Tank geschüttet. Dies alles geschah zumindest unter den Augen, dem Schutz der Polizei - der Knast von Stammheim, vor dem die Genossen ihre Autos geparkt hatten, ist wohl der bestbewachte Parkplatz Deutschlands.

Die Schwester von Ulrike Meinhof hat darum gebeten, von Kranzspenden und Blumen abzusehen zugunsten von Spenden auf das Rechtshilfefonds für politische Gefangene (Postscheckkonto Stuttgart, Nr. 6838/702, Vermerk: Sonderkonto Rechtshilfe). Diese Erklärung wurde abgegeben im Namen der Rechtsanwältin Heldmann, Schily, Azzola, Oberwinder, Kopp sowie Croissant als Bevollmächtigtem der Schwester von Ulrike Meinhof, Wienke Zitzlaff.

REAKTIONEN AUF DIE NACHRICHT VOM TODE ULRIKE MEINHOF'S

13. MAI Nach Bekanntwerden der Nachricht aus Stammheim gab es spontane Diskussionen und Aktionen. Hier ein Überblick:

BERLIN In Berlin setzten sich Sonntag nachmittag etwa 20 Leute mit schwarz angemalten Gesichtern auf den Ku-damm am Kranzlereck. Sie hatten Schilder mit 'Ulrike Meinhof' und 'Jetzt Ulrike, wer als nächster?' um. Später kamen Genossen dazu, die im Sozialistischen Zentrum über mögliche Reaktionen diskutiert hatten. Auf offener Straße wurde dann ein Flugblatt entworfen, auf Schreibmaschine getippt und abgezogen. Diese öffentliche Produktion und die Verteilung der 600 Exemplare führte zu vielen spontanen Diskussionen. Einige kamen mit Sprüchen wie: 'Hat sie sich selber zuzuschreiben'; andere verglichen den Stammheimer Prozeß mit den Nürnberger Prozessen. Gegen 8 Uhr gingen die inzwischen 200 Leute den Ku-damm auf und ab, begleitet von reichlich Polizei. Zurück am Kranzlereck wurde der Verkehr für eine Schweigeminute blockiert. Gegen 21 Uhr wurde im U-Bahnhof Mehring-Damm in Kreuzberg eine Bahn zum Stehen gebracht, das Führerhaus besetzt und die Sprechanlage außer Kraft gesetzt. Für Dienstagabend wurde auf einem mit MORD überschriebenen Flugblatt zu einer Demonstration um 19 Uhr ab Savigny-Platz aufgerufen. Den ganzen Tag über gab es dort einen Informationsstand.

Bei der ersten Räumung des Savigny-Platzes gegen 18.30 Uhr zogen sich ein paar Genossen in den Buchladen zurück. Ein Genosse des Buchladenkollektivs wurde beim Versuch, den Laden vor nachrückenden Polizisten abzuschließen, wegen Widerstandes und Besitzes von verbotenem Propagandamaterial (Flugblatt und das neue Info-BUG) festgenommen. Er wurde 10 Stunden lang festgehalten, verhört und, wie im Laufe des Abends zehn andere Genossen auch, erkennungsdienstlich behandelt.

Waren am Dienstag nachmittag um 15.30 Uhr zehn Mannschaftswagen der Polizei zur Auslieferung der zweiten Streikbrecherausgabe des Tagesspiegel eingesetzt worden, so war das Verhältnis von Polizei zu Demonstranten jetzt noch ungünstiger. 900 Polizisten standen 600 Demonstranten, später 300 Demonstranten gegenüber. Bei Schlächten zwischen Polizei und Demonstranten auf dem Ku-Damm und in der Fasanenstraße wurden mehrere Demonstranten erheblich verletzt. Nachdem die ganze Innenstadt einer Polizeifestung glich und an eine herkömmliche Demonstration nicht zu denken war, sickerten ca. 300 Leute zum Ku-Damm durch, formierten sich zwischen Kaffee-Tischen und Touristen und bildeten Gruppen, die lautstark Parolen riefen. Das zog sich bis Mitternacht hin. Dabei wurden Barrikaden gebaut, Autos umgestürzt und es ging Glas zu Bruch. Von den etwa 50 Festgenommenen wurden fast alle im Laufe des Abends oder am nächsten Morgen freigelassen. Vor dem Kranzler ging

die Polizei mit der Zeit dazu über, Handtaschen und Beutel aller Passanten auf Wurfgeschosse und anderes zu kontrollieren. Dabei erhielten auch ältere Passanten und Berlin-Besucher öfter Schlagstock-Prügel, wenn sie nicht sofort parierten.

Am Mittwoch, 13. Mai, abends trafen sich 500 Leute auf dem Savigny-Platz zu einer Kundgebung. Redebeiträge kamen von Rechtsanwalt Dr. Hoffmann, und ein Beitrag zur medizinischen Versorgung vom Grundmann-Komitee usw.

Am Mittwoch erschien auch die Not-Ausgabe des 'Abend' mit der Schlagzeile 'SELBSTMORD?' Dazu ein schwarz eingerahmtes Foto von Ulrike Meinhof sowie ein Bericht von ihr aus dem Jahre 1973 über Auswirkungen der Isolationshaft. Auf der 'Rückseite' ein Bericht zum Thema 'Was ist Isolationshaft?' In einem weiteren Artikel solidarisieren sich die Redakteure des 'Abend' mit der Forderung nach sofortiger Haftentlassung der zum Tode verurteilten Karl Heinz Roth, Wolfgang Grundmann, Lothar Gend und vieler anderer Gefangener. In einer Hausmitteilung an den lieben Leser versichern sie in Anlehnung an die berechtigten Maßnahmen der Druckerkollegen vom Mercator, auch die Ausgabe vom Donnerstag zu bestreiken. Falls dennoch eine Abendausgabe sie irgendwo in Berlin erreichen sollte, so bitten die Redakteure, diese Fälschung umgehend zur Anklage zu bringen: 'Wir werden die notwendigen gerichtlichen Schritte einleiten'. In einer Anzeige lädt die Polizei zu einer Informationsveranstaltung zum Mord an Ulrike Meinhof auf dem Savigny-Platz ein.

Am Donnerstag warnt der Sender Freies Berlin vor einer an manchen Kiosken ausliegenden Fälschung des Abend und betont, weder Tagesspiegel noch Abend seien heute erschienen!

INFO DER KREUZBERGER BÜHNE (VOM 11. MAI)

'Das brutale und durch nichts zu rechtfertigende Vorgehen der Berliner Polizei auf der Meinhof-Demonstration nicht nur gegen die Demonstranten, sondern bereits Stunden davor gegen Besucher des Buchladens am Savigny-Platz traf auch unseren Techniker Roland. Gegen 18.30 Uhr stürmten Polizisten den Buchladen, rissen Plakate und Bücher von den Wänden und Regalen, jagten Roland auf die Straße und schleppten ihn anschließend in den Mannschaftswagen. Es gelang Roland zu fliehen, er wurde jedoch sofort wieder geschnappt und mit Schlägen und Fußtritten ins Gesicht traktiert, bis er bewußtlos im Wagen lag. Die Staatsdiener brachten Roland zwecks erkennungsdienstlicher Behandlung (Foto, Fingerabdrücke) in die Freisenstraße. Sein Wohnungsschlüssel wurde beschlagnahmt. Ihm wird Widerstand gegen die Staatsgewalt und Sachbeschädigung zur Last gelegt. Noch in seiner Anwesenheit verständigten sich die Polizisten untereinander, wer nun was gesehen und zu bezeugen habe. Als Roland sich übergeben mußte, wurde er endlich nach zweistündigem Verhör ins Urban-Krankenhaus gebracht. Dort liegt er nun mit einer schweren Gehirnerschütterung.'

FRANKFURT In Frankfurt gingen am Sonntagnachmittag 200 bis 300 Leute nach einer kurzen Diskussion zum Rundschaubus. Dort wurde bei den Streikposten der Drucker für 15 Minuten der Verkehr blockiert. Ein kurzer Beitrag über Ulrike Meinhof, gehalten auf einem Cafetisch mitten auf der Straße, ging teilweise im Hupkonzert der stehengebliebenen Autofahrer unter. Polizei erschien erst nach Ende der Aktion.

Am Abend trafen sich 1500 Leute nach reiner Mund-zu-Mund-Propaganda im Studentenhaus und diskutierten die neusten Informationen. Beschlossen wurde eine Demonstration für den nächsten Tag. Das Frankfurter Frauenzentrum will massenhaft Besuchsanträge für Gudrun Ensslin organisieren.

In der Nacht zum Montag wurden Plakate geklebt (' die Todesstrafe ist wieder eingeführt') und morgens Flugblätter verteilt, die zu der Demonstration um 17.00 Uhr ab Konstabler Wache (Nähe Gericht!) aufriefen. Mehrere Flugblattverteiler wurden von Zivilen abgegriffen und die Flugblätter beschlagnahmt.

Gegen 16.00 Uhr versammelten sich ca. 1500 Leute auf dem Campus der Universität, um gemeinsam in die Innenstadt

zu ziehen. Die Polizei versuchte von Anfang an, eine Demonstration mit allen Mitteln zu verhindern, und riegelte die Straße zur City ab. Die Demonstranten wichen der Konfrontation zunächst aus und ein Teil versuchte über Parallelstraßen in Richtung Innenstadt zu marschieren. Die Polizei setzte sofort nach, wobei es zur ersten schweren Auseinandersetzung im Westend kam und ein Polizeiauto in Flammen aufging. Inzwischen bildete sich auf der Bockenheimer Landstraße ein weiterer Zug, der über den Opernplatz zur Zeil zu kommen versuchte. Das auf dem Weg liegende Amerikahaus büßte einige Scheiben ein. Der Polizei gelang es nicht, die Demonstrationszüge zu zerschlagen. Nachrückende Polizeiwagen wurden öfters durch quergestellte Autos an der Weiterfahrt gehindert.

Als in der Nähe des Goetheplatzes eine Teildemonstration von hinten angegriffen wurde, flogen wieder Steine und Molotovcocktails. Ein isolierter Polizeiwagen, der von der Seite in die Menge fuhr, wurde in Brand gesetzt. Der Beifahrer konnte sich schnell aus dem brennenden Wagen retten, während der Fahrer schwere Verbrennungen erlitt (nach Angaben der Polizei 60%).

Auf der Zeil und der Konstabler Wache hatten sich inzwischen etwa 4000 Leute versammelt, die in Sprechchören 'Freiheit für alle politischen Gefangenen' und 'Ulrike Meinhof, das war Mord' riefen. Die Polizei forderte im Interesse der 'Ordnung und Sicherheit' auf, die Versammlung aufzulösen, und begann die Demonstranten auseinanderzutreiben. Besonders in den schmalen Seitenstraßen wurde heftiger Widerstand geleistet, wobei rund um die Zeil die Scheiben von Kaufhäusern und Banken zu Bruch gingen. Zäune zur Absperrung von U-Bahn-Bauten wurden zu Barrikaden errichtet. Zivile Greiftrupps machten teils mit gezogener Waffe auf einzelne Demonstranten Jagd. Dennoch bildeten sich immer wieder kleinere Gruppen, die Parolen riefen und mit der Bevölkerung diskutierten. Damit wurde zum ersten mal seit 1974 das Demonstrationsverbot auf der Zeil durchbrochen.

Insgesamt wurden 11 Polizisten und eine nicht bekannte Zahl Passanten verletzt. 12 Leute wurden festgenommen.

Das einzige, was die Polizei verhindern konnte, war das Durchbrechen der Demonstranten bis zum Gericht.

Ein ausgebranntes Polizeifahrzeug wurde in den folgenden Tagen im Hof des Polizeipräsidiums aufgestellt und Schulklassen daran vorbeigeführt. Ein Beamter gab Nachhilfe in der Unterrichtseinheit Terrorismus.

ZWEI BERICHTE VON DER DEMO

'Am Montag, kurz vor 17.00 Uhr, lag ein junger Mann mit stark blutenden Kopf- und Schulterwunden vor dem Kaufhaus Ammerschläger auf der Zeil. Einige Abteilungsleiter weigerten sich, Mullbinden u.a. zur Verfügung zu stellen. In einer nahe gelegenen Apotheke gab es die Auskunft, daß ein Arzt im selben Hause residierte. Der (Prof. Dr. F.KOOTZ) wirft dann die beiden Leute, die ihn zu dem Verletzten holen wollen, aus seiner Praxis (Zeil 65) raus, obwohl sie ihn auf seine Arztpflicht hinweisen. Auf Androhung einer Strafanzeige kam er zehn Minuten später doch noch. Allerdings zeigte er wenig Interesse daran, dem Verletzten zu helfen. Glücklicherweise traf nach einer dreiviertelstunde dann der gleichzeitig angeforderte Krankenwagen ein.'

'Als die Konstablerwache zum ersten Mal geräumt wurde, flüchteten wir in die Schäfergasse. Wir wurden von einigen Bullen verfolgt und sahen uns in die Enge getrieben, als auch von vorn ein Haufen Bullen kam, der sich Richtung Zeil durchknüppelte. Alle Leute drängten sich in die Haus- und Geschäftseingänge. Wir liefen in die Einfahrt zu einer Boutique. Nachdem die Bullen die Straße leerknüppelt hatten, fingen sie an, auf die Leute in den Hauseingängen einzuschlagen. Wir waren etwa 10 Leute, dabei 3 kleine Kinder. Die Boutique-Besitzerin rief noch 'hier sind sie' und verschloß die Türen. 10 Bullen drängten in die Einfahrt und schlugen auf uns ein. Die Kinder schriegen. Als die Bullen abzogen, bluteten eine Frau und 2 der Kinder aus Platzwunden am Kopf. Etwas irritiert bot uns die Boutique-Besitzerin jetzt einige Taschentücher an. Es dauerte fast eine Viertelstunde, bis wir uns auf die Straße wagen konnten, um einen Arzt zu holen.'

MÜNCHEN Mit einem Flugblatt wurde für Dienstag, 16.30 Uhr, zu einem Treffen auf dem Marienplatz aufgerufen. Ein riesiges Polizeiaufgebot war angetreten, und begleitete recht bedrohlich die Diskussionen. Dazu wurde gefilmt und provoziert, so z.B. als ein Polizeiwagen mit hoher Geschwindigkeit in die Menge reinfuhr. Der Münchener Straßensänger Tommy spielte Lieder zu Stammheim. Am nächsten Tag wurden vor der Mensa weiter Flugblätter verteilt. Dabei wurden 5 Leute vorübergehend festgenommen. Die Polizei nahm die Begriffe 'Todesstrafe' und 'Volksgerichtshof' auf dem Flugblatt zum Anlaß, gegen sie mit § 90 a wegen 'Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole' zu ermitteln.

Die Festgenommenen wurden polizeilich nach Hause gefahren.
- Zum Zweck einer Hausdurchsuchung allerdings!

Am Tag darauf stellte die BASIS Buchhandlung das beschlagnahmte Flugblatt und ein Foto von Ulrike aus. Der Beschlagnahme-Freistaat Bayern reagierte prompt: Ein Trupp Uniformierter kam herein und holte die Sachen ab. Ein Mitarbeiter der Buchhandlung, der die Namen der Polizisten haben wollte, wurde vorsichtshalber auch gleich mit aufs Revier genommen - zur Feststellung der Personalien. Als eine andere Basis Mitarbeiterin abends nach Hause kam, fand sie die Wohnung durchwühlt und durchsucht vor. Während ihrer Abwesenheit hatten sich die Polizisten auch hier Einlaß verschafft. Als Visitenkarte hinterließen sie den Durchsuchungsbefehl auf dem Bett...

GÖTTINGEN Nach einem von ca. 100 Leuten der undogmatischen Linken getragenen Schweigezug mit Fackeln, mit anschließender Kundgebung und selbstgemachten Liedern haben wir am Mittwoch eine Bücherverbrennung auf dem Göttinger Marktplatz gemacht. Wir trafen uns mit ca. 30 Leuten und haben, am 'Modell' der faschistischen Bücherverbrennung, alte Typen und auch lebende und schon nicht mehr lebende Genossen ins Feuer geschmissen. Jedes Buch ist vorgestellt und entsprechend eingeleitet worden. Wir hoben dabei Ulrike und die verknasteten Genossen heraus. Unser Ziel war, dem Göttinger Markt-, Einkaufs- und Bildungsbürgertum einen Schock zum Nachdenken zu geben, ihnen ihre eigene Melodie vorzuspielen. Gleichzeitig wollten wir auf den Zusammenhang der Staatsschutzgesetze hinweisen: Verknastung, politischer Mord, intellektueller Mord, Maulkorbgesetze, Radikalengesetze.

Nach gut 20 Minuten waren wir zuende mit der Verbrennung (30 - 50 Titel), haben dann angefangen zu reden mit den mittlerweile sehr zahlreich zuguckenden Leuten, die der Natur der Sache nach sehr unterschiedlich reagierten. Jedenfalls war erst mal so ein Stück Bewußtsein aufgerissen.

Polizei kam, als die Flammen schon aus waren und konnte nicht mehr feststellen, als eine große Anzahl miteinander redender Leute und viel verbranntes Papier.

HEIDELBERG In Heidelberg versammelten sich am Dienstag etwa 400 Personen zu einer spontanen Demonstration. Zu Auseinandersetzungen kam es dabei nicht.

BOCHUM In Bochum kam es ebenfalls zu einer Demonstration.

WIESBADEN Genossen aus Wiesbaden schrieben:
Mit folgenden Aktionen wurde zum Ausdruck gebracht, daß es sich bei dem Tod von Ulrike Meinhof eben nicht um einen Selbstmord handelt: am Sonntag, den 9.5. fand in Wiesbaden um 17.00 Uhr eine Demonstration statt, an der sich ca. 100 Genossen aus Wiesbaden und Mainz beteiligten. Dabei wurde dann auch ein Flugblatt verteilt, in dem zu lesen war, daß es in Stammheim für die Bundesanwaltschaft darum ginge, unter allen Umständen einen politischen Prozeß zu verhindern und der Tod von Holger Meins, K. Hammerschmidt und jetzt Ulrike Meinhof im Interesse von Bundesanwaltschaft und Staatsschutz läge, ob sie nun selbst Hand angelegt haben oder nur zugeschaut haben.

Am nächsten Tag wurden die Scheiben von 2 Polizeirevieren eingeworfen, am übernächsten wurden Parolen gegen den Mord an Ulrike Meinhof an Wiesbadener Häuserwänden und öffentlichen Gebäuden angebracht.

PREUNGESHEIMER KNAST, FRANKFURT Am Montag, 10.5. blieben 27 Gefangene der Station V auf dem sogenannten Hof - dem Käfig für die Freistunden. Dazu wurde folgende von einem Gefangenen geschriebene Erklärung verbreitet:

'Ulrike ist ermordet worden. Wir, hier im Gefangenenlager Preungesheim, Station V, sind nicht bereit nichtstehend zu warten, bis wir an der Reihe sind. Selbst betroffen durch einen der unmenschlichsten Knäste, und sehend, wie Einzelne unter uns bis zum Rand der möglichen psychischen und physischen Erschöpfung gefoltert werden, müssen wir versuchen unser Leben, das Leben der Gequälten zu verteidigen. Wir werden uns am Montag auf einem 'Innenhof' genannten Laufkäfig verbarrikadieren. Wir verstehen diese Aktion als Antwort auf die Ermordung von Ulrike, und wollen erreichen, daß die Isolation hier aufgehoben wird, und daß unser Bruder Gerhard Linden aus der totalen Isolation entlassen wird. Unterstützt unseren Kampf! Unterstützt alle Kämpfenden! Ulrike lebt!'

18.00 Uhr: Einige Gefangene kehren in die Zellen zurück, weil die Anstaltsleitung weder Essen noch Trinken zur Verfügung stellt;

20.00 Uhr: In der ganzen Anstalt beginnen Sprechchöre: 'Mörder, Mörder...' und 'Freizeit für alle'. Das geht bis nachts um 1.00 Uhr;

11.5.76

5.00 Uhr: Die letzten 12 Gefangenen der Station V kehren in die Zellen zurück, als eine weitere Spaltung droht;

14.00 Uhr: Eine andere Station - welche ist nicht bekannt - bleibt auf dem Freizeit'hof'. Ein Transparent, bestehend aus einzelnen Blättern Schreibpapier, wird außen angeheftet: 'Freiheit für alle!'

Anstaltsleiter Klüsener hat inzwischen bekannt gegeben, daß sich der Justizminister weigert, mit den Gefangenen zu sprechen und mit ihnen zu verhandeln.

(Zu einer ähnlichen Aktion in Stammheim siehe die Presseerklärung von Justizminister Bender.)

REAKTIONEN IM AUSLAND

HOLLAND Im Zuge der verschärften Sicherheitsvorkehrungen nach Ulrikes Tod griff die Bundesrepublik als Schrittmacher des europäischen Law-and-order Verbundes in Holland zu Machenschaften von CIA-Format.

In Den Haag lebt seit 4 Jahren der ehemalige Redakteur der Frankfurter Rundschau, Wolfgang Makowka. Er hatte 1972 für die FR einen Artikel über die Prozeßvorbereitungen gegen die RAF geschrieben. Dieser Artikel genügte, um ihn in den Augen des Verfassungsschutzes verdächtig werden zu lassen. Er verließ daraufhin die BRD und emigrierte nach Den Haag. Am Sonntag wurde er vor dem niederländischen Gerichtshof 'Vredespaleis' plötzlich von deutschen Verfassungsschutzleuten überfallen, die in zwei schwarzen Mercedes angebraust kamen. Er wurde an eine Mauer gestellt, nach Waffen durchsucht und beschimpft. Auf seine Fragen hin wurde ihm gesagt: 'Na, du weißt schon, Ulrike Meinhof.'

Kurz danach kamen noch drei niederländische Verfassungsschützer, die offensichtlich wußten, worum es ging. Makowka wurde gesagt, er habe in Holland nichts zu suchen. Glücklicherweise wurde der Tumult durch einen Bus mit Touristen vergrößert, die dort ausstiegen und Wolfgang Makowka dadurch die Flucht ermöglichten. Sein Rechtsanwalt Jaap Green sagte auf Anfrage: 'Wir gehen davon aus, daß der deutsche Verfassungsschutz versucht hat, meinen Mandanten nach Deutschland zu verschleppen.' Er hat bei den niederländischen Behörden gegen diesen rechtswidrigen Übergriff protestiert. Ein Parlamentsabgeordneter hat eine Anfrage an den Justizminister gerichtet. Sie soll nächste Woche im Parlament behandelt werden.

FRANKREICH Am Sonntag explodierten gegen 18.00 Uhr zwei Bomben in den Büros der Stahlfirmen Klöckner und Thyssen. Bei Klöckner wurde die Bombe auf dem Flur im zweiten Stock abgestellt. Bei der Explosion flogen sämtliche Fenster und Türen heraus. Ein darauf entstandener Brand wurde bald gelöscht. Bei Thyssen wurden 200 qm Büroraum vernichtet und ein Loch in die Decke gerissen, die Fenster wurden 'entglast'. Am Abend ging bei 'Liberation' folgender Telefonanruf ein:

'Die Gruppe 'Solidarite Revolutionaire Internationale' (internationale revolutionäre Solidarität) übernimmt die Verantwortung für die zwei Explosionen in der rue Marboeuf.

Der deutsche Staat hat gerade ein weiteres Mitglied der RAF getötet.

Gestern Holger Meins, gestorben durch Verhungern, heute Ulrike Meinhof, gestorben durch Erhängen. Es geht nicht darum, aus ihnen Märtyrer zu machen, sondern durch unsere Tat und durch internationale Solidarität auf die Verbrechen aller Herrschenden zu antworten.'

In Toulouse wurde aus einem Auto eine Brandbombe auf das deutsche Kulturzentrum geworfen. Das Gebäude wurde dadurch völlig zerstört.

ITALIEN Vor dem 'Deutschen Reisebüro' in Rom ging am Montag morgen eine Bombe hoch. Dabei wurde die Eingangstür und Teile der Inneneinrichtung zerstört. Gegenüber der Zeitung 'Il Messaggero' übernahm das 'Antimperialistische Zentrum Holger Meins' die Verantwortung. Am Montagabend wurden gegen die Villa Massimo, Sitz der Deutschen Akademie in Rom, sieben Brandbomben geworfen.

SPANIEN In Barcelona ging bei der Vertretung von Farbwerke Höchst in Barcelona eine Bombe hoch.

DÄNEMARK/SCHWEDEN In Kopenhagen wurde die Residenz des deutschen Botschafters mit roter Farbe und 'RAF' versehen. An der deutschen Botschaft in Schweden war zu lesen 'Weg mit dem deutschen Faschismus'.

ÖSTERREICH In Wien wurden von einer Demonstrationsgruppe 10 Leute festgenommen. Auf Flugblättern hieß es: 'Ulrike Meinhof ist durch das System ermordet worden'.

BELGIEN Die unabhängige linke Zeitschrift POUR erschien auf dem Titelblatt mit der Überschrift: 'Ulrike Meinhof - vernichtet von der Schmidt-Bande'.

IRLAND Diese beiden Solidaritätsadressen trafen am Montag in Frankfurt ein:

'Mit großer Trauer erfuhren wir vom Tod der Genossin Ulrike Meinhof, die nun seit über vier Jahren gefangen gehalten und gefoltert wurde.

Sie können eine Revolutionärin töten, - aber niemals die Revolution.

IRSP (Irish Republican Socialist Party), Dublin.'

'Wir erfahren gerade vom Tod der Genossin Ulrike Meinhof und senden unsere Sympathie gegenüber ihrer Familie, ihren Freunden und Genossen.

Ihr Kampf ist unser Kampf, ihr Tod ist auch unser Verlust. Steht fest zusammen, Genossen, in der Stunde der Trauer. IRA Provisionals, Belfast.'

SCHWEIZ Bekannte Schweizer Rechtsanwälte, Schriftsteller, Ärzte und eine Nationalrätin unterschrieben folgendes:

PRESSECOMMUNIQUE Zürich, 11.Mai 76

'Der Tod einer prominenten deutschen Gefangenen wirft nicht nur ein Schlaglicht auf die fragwürdigen Haftbedingungen in der BRD; kennen wir doch auch in der Schweiz die Einrichtung der Isolierhaft.

Solgfältige wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß die im Kanton Zürich durchgeführte Einzelhaft aus medizinischer Sicht nicht verantwortbar ist. Trotzdem wird sie weiter praktiziert. Die verantwortlichen Behörden hüllen sich in Schweigen.

Wir sind deshalb der Meinung, daß im vorbeugenden Sinne aufklärend informiert werden muß. Man kann nicht tatenlos zusehen, bis auch Zürich einen toten Gefangenen zu beklagen hat.

Aus diesem Grund findet am Freitag, dem 14. Mai, 20.00 Uhr im Volkshaus (Theatersaal) Zürich eine Veranstaltung statt, in welcher Mediziner, Publizisten und Anwälte sich dem Problemkreis widmen werden.'

POLIZEI UND PRESSE

FRANKFURT (ID) Was Polizeisprecher und höriige Journalisten am Montag 'Guerillakämpfe in der Frankfurter Innenstadt' nannten, war Ausdruck von Trauer, Wut und Zorn; über den Tod von Ulrike Meinhof, Wut über die mörderische Vertuschungsstrategie der verantwortlichen Bundesanwaltschaft und Zorn über die Brutalität der Polizei.

Frankfurts Polizeichef Müller, SPD-Mitglied, demonstrierte dieselbe Verantwortung auf lokaler Ebene. Und beim bereits am Sonntag bundesweit ausgerufenen Notstand (in der Sprache des Innenministeriums: 'Alle Polizeidienststellen sind in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden'.) verteidigte er am Montagabend den Polizeiterror auf einer Pressekonferenz:

'Man muß also klar sagen: daß das ein ungeheurer Schock für unsere Beamten war, die angenommen haben: wir werden heute nachmittag eine Protestdemonstration erleben, deren Anlaß der Selbstmord einer inhaftierten Person ist.

Dieses Ausmaß an Gewalttätigkeit, diese schweren Vorfälle, die gleich zu Beginn passiert sind, haben schockartig auf die Beamten gewirkt - und es muß mit allem Freimut gesagt werden: einiges von dem, was dann im Anschluß bei Räumungsmaßnahmen auf der Zeil sich abgespielt hat, und was nicht in jeder Beziehung nach dem Buchstaben der PDV 100 (Polizeidienstverordnung, § 100) stattgefunden hat, ist auf diesen schweren Schock der Kollegen zurückzuführen.

Es hat gar keinen Zweck, dies verniedlichen zu wollen. Wir können hier nur darum bitten, daß man den Kollegen das Verständnis für die außerordentliche Erregung, in der sie gehandelt haben, nicht völlig versagen darf.'

Der Reporter des Hessischen Rundfunks, Thomas Kettner, ging einen Tag später in der Vormittagssendung 'Unterwegs in Hessen' noch weiter:

'In diesem Fall war es durchaus gerechtfertigt, daß die Polizei mal tabula rasa (deutsch: reinen Tisch) macht.'

Der Moderator dieser Sendung, Ulrich Manz, ergänzte:

'Es ist wohl keine philologische Frage mehr, ob es sich bei den Demonstranten von gestern Abend wirklich um Baader-Meinhof-Sympathisanten gehandelt hat. Von Sympathisanten kann man da wohl nicht mehr sprechen.'

Für die Nacht-und-Nebelausgaben der bestreikten deutschen Presse bot sich die Möglichkeit, mal so richtig exklusiv draufloszuheizen:

Ein in München vertriebenes 'Extra Blatt - München Aktuell' log, daß sich die Balkenüberschriften bogen: 'Bomben in Frankfurt - zwei Tote bei Straßenschlachten zwischen Baader-Meinhof-Sympathisanten und der Polizei'. Ebenfalls auf Seite 1 zu Ulrike Meinhof: 'Die gefährlichste Frau der Welt starb erbärmlich ... Die Frau, die selbst Tod und Leid über viele Familien gebracht und das ganze Land in Terror und Schrecken versetzte...'

Weiter innen warb Gerold Tandler für die CSU.

Die Frankfurter Nachrichten, sonst ein Stadtteil-Werbeblatt, verkündete in dicken Lettern: 'Polizist in Flammen - Barrikaden in der City - Brandsätze im Kaufhaus'. Ähnliches stand auf einem A3 Bogen einer Not-BILD-Zeitung.

LETZTE MELDUNG

Das Landeskriminalamt Hessen hat eine Sonderkommission eingesetzt, um Fotos und Filme, die von Polizeifotographen auf der Demonstration gemacht wurden, auszuwerten. Angekündigt wurde dieses Material über das regionale Fernsehen im Rahmen einer Fahndungsaktion zu veröffentlichen. Ein 'Kopfgeld' von 50 000 (!) DM wurde auf denjenigen ausgesetzt, der für die Brandverletzungen des Polizisten verantwortlich gemacht werden soll.

In Frankfurt wurde gegen 5.30 Uhr morgens 14 Wohngemeinschaften von Polizei und MEK (Mobiles Einsatzkommando) durchsucht und 9 Personen festgenommen - nach 4 weiteren wird noch gefahndet. Ihnen wird versuchter Mord und Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Dazu ist zu sagen, dass sich einige der Verhafteten zum Zeitpunkt der Demonstration nicht in Frankfurt aufgehalten haben. Einer der Gesuchten ist schon seit längerer Zeit im Ausland. Während der Durchsuchung wurden die Bewohner zum Teil daran gehindert sich in ihren Räumen aufzuhalten. Transparente wurden beschlagnahmt und Plakate von den Wänden gerissen, Fotos, die Kollegen im Knüppelinsatz zeigten, wurden zerissen. Polizeifotographen machten Fotos von den Anwesenden. Die Festgenommenen befinden sich zur Zeit (Freitag mittag) noch im Polizeipräsidium. Staatsanwalt Kramer hat unter sagt, die Anwälte zuzulassen, um weitere Polizeimassnahmen nicht zu stören. Das ist ein klarer Verstoss gegen den § 148 der Strafprozessordnung, wonach der Beschuldigte in jeder Lage des Verfahrens mit seinem Anwalt reden darf.



(AUS: Info-BUG 105)

NACH DER MELODIE VON 'SACCO & VANZETTI' - in Göttingen entstanden und gesungen

Nein - verraten hat sie uns nicht
unser Feind hat sie nicht besiegt
wer uns auseinander lügt
hüte sich - Ulrike lebt

Holger, Petra, Georg von Rauch
Rosa, Karl erschlug man uns auch
weil der Kampf stets weitergeht
wissen wir - Ulrike lebt

Unser Feind, nein, dumm ist er nicht
täglich wechselt er sein Gesicht
doch, Herr Schmidt, Herr Pinochet
hütet euch - Ulrike lebt

Richten, rechten brauchen wir nicht
aus Fehlern lern' ist unsere Pflicht
wer nur hinterm Schreibtisch klebt
lernt es nie - Ulrike lebt

Schreibt es in die Herzen hienein
meißelt es in Mauern aus Stein
rufes, bis ein Echo entsteht
dann ist wahr - Ulrike lebt

(und immer wieder mal als Zwischenstrophe)
Das ist unsere Staatsgewalt
sehr viel Staat und sehr viel Gewalt
doch es wächst, bevor es zu spät
unsre Solidarität